

Jeder Mensch soll am Arbeitsleben teilhaben können – gemessen am Grad seiner Leistung, nicht am Grad seiner Behinderung. Doch diese Vision bleibt bisweilen Wunschdenken, jede Vermittlung eines Schwerbehinderten aus den Werkstätten in den ersten Arbeitsmarkt gestaltet sich als neue Herausforderung. Muss womöglich das gesamte System umgekrempelt werden?

Als Schüler ins inklusive Schulsystem – als junger Erwachsener in die Werkstufe – und dann? Der Weg für „vollerwerbsgeminderte“ Schwerbehinderte, also solche mit schwerwiegenden kognitiven und psychischen Erkrankungen, gestaltet sich weiter steinig, da die Betroffenen einer fortwährend intensiven Betreuung bedürfen. Acht Menschen wurden 2017 über die drei Werkstätten im Land Bremen in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt; bei insgesamt 2.888 Beschäftigten entspricht dies einer Quote von 0,3 Prozent. Ein Jahr danach konnte die Werkstatt Bremen sieben Personen mit einem neuen Arbeitsplatz ausstatten; bei hierbei 1.780 Beschäftigten schon eine Quote von 0,4 Prozent. Solche verschwindend geringen Prozentsätze dürften bei niemandem Euphorie auslösen. Auch wenn hinter den Statistiken Personen stehen, derer Schicksale sich zahlreiche Stellen – Werkstatt, Amt für Integration, IFD, Arbeitgeber – angenommen haben. Ihnen konnte eine neue Tür in ihrem Leben geöffnet

INTEGRATION VON BREMER SCHWERBEHINDERTEN

LEICHTER GESAGT ALS GETAN



Dr. Joachim Steinbrück



Cornelius Neumann-Redlin



Ahlrich Weiberg



Stefan Höppner

werden. Für viele andere hingegen bleibt sie noch verschlossen.

DER PREIS FÜR WENIGER INKLUSION

Der Blick auf ganz Deutschland zeigt, dass die Beschäftigung von Schwerbehinderten ausbaufähig ist.

Annähernd zehn Prozent der Bevölkerung gelten als schwerbehindert. Fünf Prozent der Arbeitsplätze sollen gemäß Sozialgesetzbuch IX mit Behinderten besetzt werden. Öffentliche wie private Arbeitgeber mit über 20 Mitarbeitern, die dieser Regelung nicht entsprechen, müssen eine Ausgleichsabgabe zahlen, je

nach individueller Situation bis zu 320 Euro je Monat und unbesetztem Pflichtarbeitsplatz. Ein Preis, den viele bereit sind zu zahlen: Ende 2017 erfüllten rund 60 Prozent aller Arbeitgeber die Vorgabe nur teilweise oder gar nicht. Bundesweit liegt die Behinderten-Beschäftigungsquote bei nur 4,1 Prozent.

Sofern man positive Ausreißer wie Nordrhein-Westfalen und Hessen ausklammert, die eine überdurchschnittlich hohe Beschäftigungsquote aufweisen können, liegt Bremen mit 3,8 Prozent im gesunden Mittelfeld. Doch befindet sich diese Zahl dennoch unter dem Bundeschnitt, vielmehr noch 1,2 Prozent unter der angesetzten Zielmarke. Kann sich das „Inklusionsland“ Bremen damit zufriedengeben? Was kann noch getan werden, und wer ist dabei besonders gefragt?

DIE FRAGE NACH DEM WIE

Dr. Joachim Steinbrück, der Landesbehindertenbeauftragte Bremens, kritisiert den aktuellen Zustand: Niemand versuche derzeit, an den vielen fälligen Stellschrauben etwas zu drehen. Doch seine Forderung, auf Dauer alternative Beschäftigungsformen zu den Werkstätten zu schaffen, will Werkstatt-Bremen-Geschäftsführer Ahlrich Weiberg nicht ohne Weiteres unterschreiben. Cornelius Neumann-Redlin, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände im Lande Bremen, argumentiert wiederum, warum Bremen rein rechnerisch gar nicht die Fünf-Prozent-Hürde knacken kann. Hanna Möllers, die zum Thema Inklusion im Rahmen ihrer Radio-Bremen-Reportage recherchierte, beobachtete in anderen Bundesländern eine intensivere Zusammenarbeit als in Bremen – hier müsse man sich vom alten Schubladendenken lösen. Stefan Höppner, Prokurist des Integrationsfachdienstes Bremen, wünscht sich schließlich weniger Bürokratie und ausreichende Angebote, um schon Schülern mehr Selbstbestimmung bei der beruflichen Zukunft zu ermöglichen.

Seite 14/15

ZWISCHEN SERIÖSEM GUTACHTEN UND VERSCHWÖRUNGSTHEORIE

GUT VERNETZT

In der Studie „Verflechtungen und Interessen des Deutschen Bauernverbandes (DBV)“, erstellt vom Institut Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen im Auftrag des NABU, werden Verflechtungen zwischen Politik und DBV näher beleuchtet.

„Die Studie ist zwar vom NABU finanziert, doch das heißt nicht, dass es sich um ein Gefälligkeitsgutachten handelt“, unterstreicht Dr. Gudio Nischwitz, Autor der Studie. Anders sieht das Albert Schulte to Brinke, Präsident des Landvolks Niedersachsen, der davon ausgeht, dass vom Auftraggeber NABU ein entsprechendes Briefing vorgenommen wurde. Zudem „konnten wir der Studie keine neuen Erkennt-



Mehr als 560 Verflechtungen konnte die Studie identifizieren.

nisse entnehmen, die Informationen sind allgemein verfügbar. Daher gehört die Studie nach unserer Ansicht in die Schublade ‚Verschwörungstheorie‘.“ Der DBV selbst möchte unterdessen überhaupt keine Stellung nehmen. Bereits hier gehen also die Meinungen auseinander.

Diskussionen wie jene rund um die Düngeverordnung außen vor gelassen, geht Weser-Wirtschaft auf die Ergebnisse der Studie ein – und darauf, wie die unterschiedlichen Interessensvertreter dazu stehen.

Seite 10/11

ZWEITES LOKALES INNO-QUARTER

IDEEN TESTEN

Zuerst beim M01N Startup Camp im März und nun auf der Breminale: Innovationsquartiere gibt es seit diesem Jahr auch in Deutschland – und zwar in Bremen.



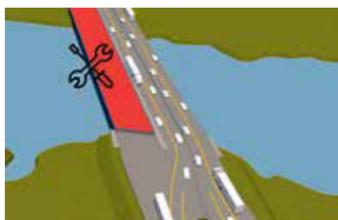
Auf der Fläche des M01N Startup Camps befand sich das Inno-Quartier.

Bei den sogenannten Innovationsquartieren oder auch Inno-Quartiers dreht sich alles um schnelles Endnutzer-Feedback und um die Unterstützung von neuen Produkten sowie Dienstleistungen. Start-ups können auf Festivals in der Nordsee-Region ihre Ideen sozusagen testen, sodass sie am Ende herausfinden, was es noch zu verbessern gilt. Geschäfts-

ideen erproben hieß es auch auf der Breminale, und das mit Bühnenprogramm und trotz Regen. Zuständig für die regionale Koordination ist Prof. Dr. Jörg Freiling, der auch an einer Studie rund um die Inno-Quartiers beteiligt ist.

Seite 8

Es rollt noch nichts



Wie es mit dem gesperrten Teil der Lesumbrücke weitergehen könnte, berichtete nun das zuständige Amt. Befahrbar wird die Autobahnbrücke jedoch auch weiterhin nicht sein.

Seite 12

Der Marktplatz für Karriere



Ex-Personalchef Holger Schmitt will mit „Karriere Bremen“ eine Allround-Plattform für Unternehmen, Karriereinfos und Jobsuchende im Nordwesten bieten.

Seite 24

Die Kunst des klugen Textens



„Content is King“ – doch welcher Content wirkt wirklich? Die Wahl einer individuellen Content-Strategie hilft, im umkämpften Ranking-Wettbewerb aufzufallen.

Seite 26/27

WERKSTATT BREMEN: EIN AUSLAUFMODELL?



Das Bremer Inklusionsmodell steht in der Kritik: Bedarf es Alternativen zu den Werkstätten?

Trotz seiner Forderung nach alternativer Beschäftigung: Steinbrück will „nicht mit der Axt an die Werkstätten gehen“. Der Arbeitsmarkt könne ohnehin nicht die 2.900 beschäftigten Menschen im Land Bremen aufnehmen. Stattdessen will er die Werkstatt-Expertise mit komplexen Behinderungen nutzen, um neue Jobformen zu unterstützen. So könnten Außenarbeitsplätze der Werkstatt in unternehmenseigene Arbeitsplätze umgeformt werden, Werkstatt-Betreuung natürlich inklusive. Wenn hieraus gute Erfahrungen fruchten, könnte sich ein neuer Normalzustand für die Behinderten-Beschäftigung bilden, hofft Steinbrück. Er blickt gespannt auf die Arbeit der neuen Landesregierung, die die Unterstützung Schwerbehinderter in den Koalitionsvertrag aufgenommen hat, und fordert von ihr zwei Leistungen ein: Zum einen



Ausbaufähig: Der Abbau von Barrieren scheitert mitunter an schleppenden Strukturen.

Der Kampf gegen das Stigma

Winzige Vermittlungsquoten lassen die Frage aufkommen, ob die Werkstatt Bremen wirklich eine Zukunftsperspektive für Schwerbehinderte bietet. Der Landesbehindertenbeauftragte fordert Alternativen – die Werkstatt stimmt dem nur teilweise zu. Wie kommen die Zahlen zustande? Was kann Bremen von anderen Bundesländern lernen? Und könnten nicht die Unternehmen noch mehr leisten? Weser-Wirtschaft hat bei den Experten nachgefragt. Alle sind sich einig, dass noch mehr geht. Doch beim Wie scheiden sich mitunter die Geister.

Radio-Bremen-Redakteurin Hanna Möllers betrachtete im Rahmen ihrer Reportage „Das Märchen von der Inklusion“ sowohl die Situation in den Bremer Schulen als auch die in der Werkstatt Bremen. Unmittelbar ist ihr ein Schubladendenken aufgefallen: Während über 80 Prozent der Kinder mit Förderbedarf im „Inklusionsland“ Bremen eine ganz normale Schule besuchen können und den Eindruck einer zusammenhängenden Gemeinschaft vermittelt bekommen, werden sie mit Eintritt in das Arbeitsleben in die Werkstufe überführt. Wo sie, wieder getrennt vom Rest der Gesellschaft, ihre Arbeit verrichten. Eben wegen der Inklusionsphase würden viele junge Behinderte aber ganz andere Erwartungen an den Tag legen und beispielsweise Berufe erlernen wollen, die in der Werkstatt nicht angeboten würden. Damit will sie die Werkstätten als solche nicht in Misskredit bringen, die einen „unglaublich guten Job“ leisten. Jedoch fragt sie sich, ob diese in ihrer aufwendigen Doppelfunktion als Arbeitgeber und Jobvermittler nicht an ihre Grenzen stoßen.

Konkret vermisst Möllers in Bremen eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Integrationsakteuren, wie es etwa in Nordrhein-Westfalen oder in

Hamburg der Fall sei: Dort könnten die Integrationsfachdienste noch mehr bewirken. Entscheidend seien schließlich die begleitende Unterstützung Behinderteter und die erste Kontaktaufnahme zwischen ihnen und den Arbeitgebern. Sobald dieser Kontakt einmal entstanden sei, wäre es nur eine Frage der Zeit, bis die letzten Hemmungen abgebaut sind. Sie selbst hat während ihrer Reportage sogar Personen begleitet, die die Stimmung in der Abteilung Tag für Tag merklich heben – ein Win-win also für beide Seiten. Nur liege der Ball im Vorfeld bei den Un-



Hanna Möllers

ternehmen, die flexibel und kreativ denken müssen, um den Beschäftigten adäquate Aufgaben samt adäquater Betreuung zu bieten. Trotz des „Riesenvorsprungs“, den auch Bremen bei der Integrationsarbeit der letzten Jahrzehnte geleistet habe: Möllers betont, dass sich die Gesellschaft weiterentwickelt hat. Man habe sich im Rahmen der UN-Behindertenrechtskonvention entschieden, Behinderte nicht mehr unter sich zu lassen, wie es im alten Förderschulsystem der Fall war. Dann aber müsse der Weg der Inklusion durchgezogen werden, und zwar von A bis Z.

MIT „SMARTEN ZIELEN“ DAS PROBLEM ANPACKEN

Auch Dr. Joachim Steinbrück, der Landesbehindertenbeauftragte Bremens, beklagt manches am aktuellen Zustand. Die Arbeitslosenquote unter Schwerbehinderten sei zwischen 2008 und 2018 um sechs Prozent zurückgegangen – die allgemeine Arbeitslosigkeit fiel derweil um 25 Prozent. Für Steinbrück ein Zeichen struktureller Benachteiligung. Und



Dr. Joachim Steinbrück

auch wenn in den letzten paar Jahren die Beschäftigung Behinderteter stärker ins Bewusstsein gerückt sei, weiß er um die Klischees, die sich noch wacker halten. So könnten auch Blinde wie er mit Computern arbeiten und Rollstuhlfahrer problemlos einen Bürojob übernehmen. Bei Werkstatt-Beschäftigten hält er das historisch gewachsene und offiziell genutzte Etikett „vollerwerbsgemindert“ für unglücklich gewählt: Dies suggeriere eine Arbeitsunfähigkeit, obgleich die Beschäftigten eine Mindestarbeitszeit von 15 Stunden leisten müssen. Tatsächlich habe Steinbrück schon Leute in der Werkstatt kennengelernt, die hochintelligent und intellektuell schlagfähig waren, jedoch Schwierigkeiten in anderen Feldern besaßen.

Von Bremer Unternehmen wünscht er sich die Formulierung „smarter Ziele“, um gleichzeitig die Behinderten-Beschäftigungsquote zu heben und dem eigenen Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Als Positivbeispiel hält er das Mercedes-Werk hoch, das Gehörlose über die Gebärdensprache zu Fachkräften ausbildet. Weitere kreative Ansätze könnten etwa gezielte Inklusionsarbeitsplätze für Pförtner, Reinigungsdienst und ähnliche Zusatzfunktionen berücksichtigen. „Was man einst aus Kostengründen outgesourct hat, könnte man sich durch staatliche Zuschüsse zurückholen“, argumentiert Steinbrück. Generell müsse das gesamte Unterstützungssystem effektiver, schneller und unbürokratischer ablaufen. Nicht nur, um gefühlte Barrieren abzubauen, sondern auch, um wortwörtlich bauliche Barrieren abzubauen: Vor allem mittelständische Betriebe könnten sich die Schaffung eines barrierefreien Arbeitsplatzes nur schwer leisten, wenn sie über Monate hinweg Reha-Trägern hinterherrennen müssten.

müsse sie aufseiten des Integrationsamtes für eine stärkere Vernetzung zwischen den Akteuren sorgen, zum anderen selbst mit dem öffentlichen Dienst eine Vorreiterrolle einnehmen. Statt zum Beispiel die Reinigung der Polizeiautos über niedrig entlohnte Werkstatt-Beschäftigungsverhältnisse abzuwickeln, könne man stattdessen inklusive, bezuschusste Arbeitsplätze einrichten.

EINE FRAGE DES BLICKWINKELS

Werkstatt-Bremen-Geschäftsführer Ahlrich Weiberg wehrt sich dagegen, dass die Werkstätten als Endstation betrachtet werden. Ob Fahrzeugpflege, Gartenbau oder Lebensmittelproduktion: Diese Vielfalt an Berufsangeboten könne kein üblicher Arbeitgeber bieten. Außerdem, so ist Weiberg überzeugt, birgt der erste Arbeitsmarkt selbst das Risiko einer Endstation: „Da Werkstatt-Mitarbeitern über Praktika in anderen Arbeitsfeldern auch Wechsel je nach Entwicklung der persönlichen Fähigkeiten und Interessen ermöglicht werden, ist ein Mitarbeiter auf dem ersten Arbeitsmarkt in seiner Erwerbstätigkeit sogar häufiger mit einer Beschränkung seiner Möglichkeiten konfrontiert.“

Dass bei derzeit 1.780 Werkstatt-Beschäftigten nur eine einstellige Zahl jedes Jahr in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden kann, müsse man reflektiert betrachten. Vor einer Aufnahme in eine Werkstatt würden diverse Maßnahmen der Agentur für Arbeit geschaltet, die vielversprechenden Kandidaten schon vorher Chancen bereiten, in der Arbeitswelt Fuß zu fassen: Je erfolgreicher diese Arbeit ausfällt, desto zwangsläufig geringer fällt die Vermittlungsquote der Werkstatt aus. Zudem gebe es zusätzliche Projekte wie das „JobBudget“, über die Werkstatt und Integrationsfachdienst gemeinsam an der Vermittlung von potenziellen Kandidaten arbeiten. Der Kandidatenkreis sei jedoch sehr klein: „Wir reden dabei über 54 Menschen, verteilt auf 10 Jahre.“ Teils „faszinierende Möglichkeiten“ der Mitarbeiter würden in der Realität eben auf deren Einschränkungen treffen. Die „Un-

fähigkeit eines üblichen Betriebes, diese besonderen Fähigkeiten als einen unternehmerischen Mehrwert wahrzunehmen“, sei die eigentliche Einschränkung beim Vermittlungsprozess. Diesen versucht die Werkstatt etwa in Form von Job-Coaches und eigenen Außenarbeitsplätzen zu optimieren. Je enger der Draht zwischen Behinderten und Unternehmen, desto niedriger auch die Hemmungen, weiß Weiberg. Steinbrücks Forderung von alternativen Beschäftigungsformen zur Werkstatt findet Weiberg grundsätzlich positiv, doch würde auch dies den „gesamtgemeinschaftlichen Fehler der nicht vollumfänglichen Integration“ kaschieren. Die Segregation nach der inklusiven Schulphase müsse überwunden werden; ein Umstand, der „aktuell nicht bearbeitet wird“.

FRÜHE UNTERSTÜTZUNG IST ENTSCHEIDEND

Stefan Höppner, Prokurist des Integrationsfachdienstes Bremen, erklärt den Kontrast zwischen der schulischen und der beruflichen Integration: Von Behinderten werde nicht zwangsläufig ein Abiturzeugnis erwartet, jedoch würden Unternehmen Leistungsanforderungen setzen. Um den Übergang in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, seien Werkstatt und Integrationsfachdienst nicht nur über das „JobBudget“, sondern auch über das Angebot „Individuelle betriebliche Qualifizierung“ vernetzt. Letzteres unterstützt bereits vermittelte Behinderte mit weiterhin hohem Unterstützungsbedarf. 25 Arbeitsverhältnisse konnten so gesichert werden, ansonsten wären diese Personen zurück in die Werk-



Ahlrich Weiberg

statt gekommen. Generell würden Werkstatt-Beschäftigte gute Unterstützungsmöglichkeiten erhalten, sollten sie am Übergang in den Arbeitsmarkt interessiert sein. „Ob die eigene Leistung und deren Weiterentwicklung im Einzelfall ausreicht, kann aber nicht simuliert, sondern nur in der betrieblichen Praxis überprüft werden. Um diesen Schritt zu wagen, muss ich Kenntnis von den Unterstützungsangeboten haben und über ausreichende Motivation und Mut für diese Veränderung verfügen“, unterstreicht Höppner.

Er widerspricht Möllers darin, dass Integrationsfachdienste woanders mehr bewirken würden als an der Weser: Hier seien sie sogar „in Breite und Tiefe besser vernetzt mit der Unternehmenschaft“. Tatsächlich sei aber darauf zu verweisen, dass die Dienste aus Nordrhein-Westfalen schon in der Schule damit beginnen, Schüler mit Behinderung beim Übergang ins Arbeitsleben zu unterstützen:



Stefan Höppner

„In Bremen gibt es diese Struktur bislang nicht.“ Entsprechend fordert Höppner für Bremer Schüler „eine möglichst interessenneutrale Begleitung, die zudem über konkrete Betriebskontakte verfügt“. Auch sieht er die hiesigen Unternehmen in der Verantwortung, unbürokratische Unterstützung samt passenden Arbeitsbedingungen anzubieten.

HILFE BENÖTIGT – EGAL VON WEM

Der Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände im Lande Bremen, Cornelius Neumann-Redlin, will selbst die Unternehmen dazu ermutigen, mehr Vielfalt in den Belegschaften zu fördern, denn: „Menschen mit Behinderungen sind – richtig eingesetzt – voll leistungsfähige Beschäftigte, die vielfach besonders motiviert ihre Aufgaben erfüllen.“ In der Tat würden dies viele im Rahmen einer demografiefesten Personalpolitik bereits bevorzugen, da es auch betriebswirt-



Cornelius Neumann-Redlin

schaftlich sinnvoll sei. Zudem seien die meisten Schwerbehinderungen nicht angeboren, sondern Resultat eines Unfalls oder einer Krankheit: „Für Unternehmen liegt es in ihrem ureigenen Interesse, ihre betroffenen und oft langjährigen Beschäftigten im Betrieb zu halten.“ Warum also hinkt Bremen mit einer Behinderten-Beschäftigungsquote von 3,8 Prozent dem Bundesdurchschnitt von 4,1 Prozent hinterher, von der vorgegebenen Marke von 5 Prozent ganz zu schweigen? Neumann-Redlin rechnet vor, warum: 2017 habe es 3.227 unbesetzte Pflichtarbeitsplätze gegeben; ihnen hätten aber nur 1.536 arbeitslose Behinderte gegenübergestanden, also rund die Hälfte. Selbst bei Vollbeschäftigung hätte man somit die Marke nicht erreichen können. Mehr noch: Arbeitgeber dürften nicht nach einer möglichen Schwerbehinderung fragen. „Und vielen schwerbehinderten Menschen sieht man das auch nicht auf den ersten Blick an. Diese wie-

derum verschweigen es oft, weil sie eine irgendwie geartete Stigmatisierung im Betrieb befürchten und diese vermeiden wollen“, meint er überzeugt. Man müsse letztendlich auch beachten, dass offene Stellen und vorhandene Qualifikation oftmals nicht zueinander passen: „Das ist – unabhängig von der Frage einer Schwerbehinderung – dem Arbeitsmarkt eigen.“

Neumann-Redlin sieht theoretisch genügend Unterstützungsangebote vorhanden, die Unternehmen unter die Arme greifen können. Allen voran das „Budget für Arbeit“, das die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Behinderten mit einem, mitunter dauerhaften, Minderleistungsausgleich fördert. „Gleichwohl dürfen die Erwartungen nicht zu hoch angesetzt werden: Nach wie vor handelt es sich bei Werkstatt-Beschäftigten um dauerhaft voll erwerbsgeminderte Menschen.“ Neumann-Redlin vermisst eine verstärkte Vernetzung der Angebote und Akteure, beispielsweise in Form eines Lotsens für die Informationsvermittlung. „Unternehmen und Betroffenen ist es ziemlich egal, wer in unserem gegliederten System die zuständige Stelle ist. Wichtig ist, dass die notwendige Unterstützung da ist, wenn sie gebraucht wird. Das erhöht die Bereitschaft und die Kompetenz, Menschen mit Behinderungen auszubilden und zu beschäftigen.“ Auch sei der „Peer-Ansatz“ wichtig, der Unternehmen mit Erfahrungswerten und solche, die sie noch nicht haben, zusammenbringt. Er stimmt seinen Vorrednern zu: Sobald die ersten Hürden genommen seien, ist die eigentliche Beschäftigung Behinderter kein größeres Problem mehr.

ZAHNZENTRUM

N O R D W E S T

NEU!

- // Gute Anbindung
- // Kostenlose Parkplätze
- // Bahnhofsnahe



VEREINBAREN SIE NOCH HEUTE IHREN TERMIN:

☎ 04408 7477

🌐 online auf unserer Homepage

ZahnZentrum NordWest

Brinkmanns Kamp 1 / Am Bahndamm // 27798 Hude

SPRECHZEITEN

// ZAHNARZTPRAXIS
Mo – Fr: 08 – 19 Uhr
Sa: 08 – 12 Uhr

// DENTA CLINIC
Mo – Fr: 08 – 19 Uhr
Sa: 08 – 12 Uhr

// KIEFERORTHOPÄDIE
Mo – Fr: 14 – 19 Uhr
Sa: 08 – 12 Uhr

// PROPHYLAXE
Mo – Fr: 07 – 20 Uhr
Sa: 08 – 12 Uhr

Alles unter einem Dach!

Hude. Das neu gebaute ZahnZentrum mit integrierter Tagesklinik für Implantologie und Dentalchirurgie bietet ein eigenes Zahntechnik-Meisterlabor sowie modernste Behandlungsmethoden in allen Fachbereichen – sei es in der allgemeinen Zahnheilkunde, der Anästhesiologie, der Kieferorthopädie oder im Bereich Prophylaxe.

www.zzhu.de